

Klaus Barthel
Willi Brase
Ulla Burchardt
Dieter Grasedieck
Gesine Mulhaupt
Dr. Carola Reimann
René Röspel
Dr. Ernst-Dieter Rossmann
Heinz Schmitt
Swen Schulz
JörgTauss
Andrea Wicklein

7. November 2005

Zu Meldungen über Ergebnisse der Koalitions-Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform erklären die oben genannten Mitglieder des Deutschen Bundestages:

Mitglieder des
Deutschen Bundestages

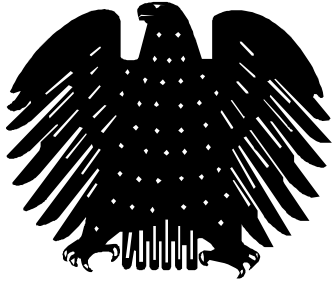
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Föderalismus: Große Sorgen bei den Bildungspolitikern der SPD-Bundestagsfraktion

Die bisher in den Meldungen beschriebene Einigung in der Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform wäre ein erheblicher Rückschlag für den Bildungsstandort Deutschland. Es ist zu befürchten, dass die weitergehende Auszehrung der bereits vorher eng begrenzten Kompetenzen des Bundes in der Bildungs- und Hochschulpolitik es in Zukunft noch schwerer machen wird, eine konsistente und deutschlandweit abgestimmte Bildungspolitik zu gewährleisten. Anders als die erste Große Koalition, die als ein wichtiger bildungspolitischer Aufbruch in Erinnerung bleiben konnte, droht diese in Zukunft mit einer verfehlten bildungspolitischen Weichenstellung identifiziert zu werden. Es ist zu bedenken, dass der Deutsche Bundestag gerade im Lichte der bevorstehenden bildungspolitischen Herausforderungen – u.a. PISA, Chancengleichheit, steigende Studierendenzahlen, europäischer Hochschulraum usw. – dieser Vereinbarung aus Überzeugung zustimmen können muss. Dies gilt zumal, wenn eine konstruktive Handlungsfähigkeit des Bundes zur tatsächlichen Sicherung vergleichbarer Lebensverhältnisse im Bildungsbereich nicht gesichert ist.

Der Flickenteppich an Regelungen und Zuständigkeiten wird weiter zunehmen und den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem ihren Kindern erhebliche Belastungen zumuten. Die absehbare Verschärfung der bildungspolitischen Kleinstaaterei wird die Durchsetzung deutscher Interessen auf europäischer wie auf internationaler Ebene erheblich erschweren. Dem Bund wird jedes Instrument genommen, zur Sicherung eines Mindestmaßes an vergleichbaren Lebensverhältnissen in Deutschland im Bildungsbereich einen Beitrag leisten zu können. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, weshalb in Zukunft so erfolgreiche und zukunftsweisende Bundesinitiativen wie das Ganztagschulprogramm oder die Förderung der Juniorprofessur nicht mehr möglich sein sollen. Die vielzitierte Qualitätssicherung durch den Wettbewerb der Länder ist reine Theorie – die leidvolle Praxis erleben Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern Tag für Tag in Deutschland. Zudem ist völlig offen, wie etwa die Länder allein mit der kommenden zentralen hochschulpolitischen Frage fertig werden wollen, nämlich den deutlich steigenden Studierendenzahlen.

PRESSMITTEILUNG



**Klaus Barthel
Willi Brase
Ulla Burchardt
Dieter Grasedieck
Gesine Mulhaupt
Dr. Carola Reimann
René Röspel
Dr. Ernst-Dieter Rossmann
Heinz Schmitt
Swen Schulz
Jörg Tauss
Andrea Wicklein**

Mitglieder des
Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Die weitergehende Zersplitterung der bildungspolitischen Zuständigkeiten widerspricht nicht nur gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen und sämtlichen Sachargumenten. Sie steht auch quer zur in allen anderen Staaten Europas mit hohem Nachdruck betriebenen Internationalisierung der Bildungs- und Hochschulräume. Für Deutschland stellt sich drängender denn je die Frage, wer Bildungspolitik unter den Bedingungen der Europäisierung, des demographischen Wandels und der Wissensgesellschaft konzeptionell zu erfassen und konsistent mit dem Ziel der Chancengleichheit für alle und in allen Phasen zu verbinden vermag.

PRESSSEMITEILUNG